



**Renate Geuter**  
**Mitglied im**  
**Niedersächsischen Landtag**

**Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis**

**Ausgabe 1 - Februar 2016**

**Inhalt:**

Neujahrsempfang der SPD in Wildeshausen. . . . . 2

Schuldenuhr läuft langsamer - die Rot-Grüne Haushaltspolitik wirkt. . . . . 2

Grundschultag in Cloppenburg 3

Land Niedersachsen stattet 150 Grundschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften aus. . . . . 4

Meine Tätigkeiten im Landtag 4

Impressum . . . . . 4

Renate Geuter diskutiert mit ca. 120 Interessierten in Falkenberg über den geplanten Bau einer Stromtrasse und eines Umspannwerks im Raum Cloppenburg . . . . . 5

Landkreise erhalten vom Land Förderung für Straßeninfrastruktur . . . . . 6

Niedersachsen setzt erfolgreiches Sonderprogramm zur Sanierung der Gebäude-Infrastruktur fort. . . . . 6

Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen erhalten. . . . . 7

Heute schon gelacht?. . . . . 7

Opposition glänzt weiter durch Unwissenheit - Nachtragshaushalt hat den Weg für Stellenneubesetzungen frei gemacht 8

Bericht über die Sicherheitslage in Niedersachsen auf Grundlage der Rede von Innenminister Boris Pistorius vom 20.1.2016 im Niedersächsischen Landtag. . . 9

Neue Reden im Landtag. . . . 10

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*„Jahre kommen, Jahre gehen. Ob sich das lohnt? Wir werden sehen ...“*

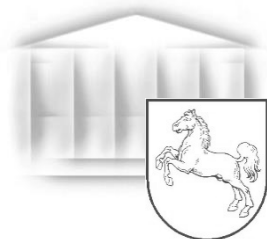
*Ich denke, es lohnt sich sicherlich, weil auch immer etwas Positives unter dem Strich rauskommt und ich wünsche Euch nochmals alles Gute für das neue Jahr.*

*Alte und neue Herausforderungen warten auf mich – und bestimmt auch manche Überraschung!*

*Ich freue mich auf alles, was dieses Jahr mit sich bringen wird und werde es guten Mutes anpacken.*

*Ihre/Eure*

**Renate Geuter**



**Richard Höptner, Präsident des Landesrechnungshofes, geht in den Ruhestand**



Zum 1. März geht Richard Höptner, der Präsident des Landesrechnungshofes, nach acht Jahren Amtszeit in den Ruhestand. Am 10.12.2016 war er deshalb leider zum letzten Mal mit uns im Haushaltsausschuss zusammen.

Seit Mai 2008 ist Richard Höptner Präsident des Landesrechnungshofes. Er hat immer gut aufgepasst, dass die Steuergelder nach Recht und

Gesetz verwendet werden und war uns stets ein wichtiger unabhängiger Berater. Immerhin entscheiden wir mittlerweile jedes Jahr über einen Haushalt von 28 Milliarden Euro. Wir danken ihm für seine jahrelange gute Arbeit.

*Das Foto zeigt Richard Höptner mit Renate Geuter.*

## Neujahrsempfang der SPD in Wildeshausen



Am 24.01.2016 fand der Neujahrsempfang der SPD Wildeshausen im Ratskeller statt. Ungefähr 50 Genossen und Genossinnen nahmen daran teil. Als Gastredner war Willi Lemke (UN-Sonderberater) eingeladen, der eine schwungvolle und motivierende Rede hielt.

Auf dem Foto sind zu sehen: Sven Bischoff, Tamino Büttner, Malte Campsheide, Morten Wiesner, Matthias Kluck, Thomas Harms, Willi Lemke, Renate Geuter und Axel Brammer.

## Schuldenuhr läuft langsamer - die Rot-Grüne Haushaltspolitik wirkt

**Die symbolische Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler läuft so langsam wie seit Jahren nicht mehr: Mit 15 Euro Landesschulden pro Sekunde haben Rot-Grüne Koalition und Landesregierung das Tempo weiter erfolgreich gedrosselt.**

„CDU und FDP haben uns im Jahr 2013 20 Euro neue Landesschulden je Sekunde hinterlassen, wir erreichen jetzt schon einen Tiefstand von 15,18 Euro je Sekunde“, erklärt dazu Renate Geuter, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

„Die Rot-Grüne Haushaltspolitik wirkt, auch unter den erschwerten Bedingungen der Flüchtlingskrise, die den Landeshaushalt mit rund 1,3 Milliarden Euro belastet“, betont Geuter. Der Abbaupfad der Netto-Neuverschuldung werde weiter konsequent eingehalten, die schwarze Null für das Jahr 2020 werde erreicht. „Das ist ein sichtbarer Erfolg solider Fi-

nanzpolitik“, macht die SPD-Haushaltsexpertin deutlich.

Die CDU fordere dagegen nahezu im Wochentakt weitere Ausgaben, die ohne Gegenfinanzierung den Haushalt noch weiter belasten würden: „Das sind, wie bei den Haushaltsanträgen der CDU im Dezember 2015, komplett unseriöse Vorschläge, die auf nicht umsetzbarem Stellenabbau und Luftbuchungen basieren. Entspräche man allen finanziellen Forderungen der CDU, würde sich die Schuldenuhr deutlich schneller drehen“, sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Zum Hintergrund: Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen-Bremen läuft seit März 1997 im Fraktionsaal der CDU-Landtagsfraktion. Sie erreichte ihren Höchststand zur Zeit der CDU/FDP-Landesregierung im Jahr 2010 mit 105 Euro Landesschulden je Sekunde.



## Grundschultag in Cloppenburg

Am 01. Februar 2016 war ich zu Besuch in Cloppenburg, wo im Kreishaus der 21. Grundschultag stattfand. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verband Bildung und Erziehung, vom Kompetenzzentrum für Lehrerfortbildung an der Uni Vechta, von der VHS Cloppenburg, dem Arbeitskreis Grundschule und dem Verband Sonderpädagogik. Er stand unter dem Motto „Sprache ist Schlüssel zur Bildung“.

Ungefähr 130 Pädagogen/Pädagoginnen aus den Kreisen Cloppenburg, Vechta und Diepholz nahmen an dieser Fachtagung teil.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die Beschulung der Flüchtlingskinder eine große Herausforderung und auch eine starke Belastung für die Lehrer ist. Dass so viele nicht-deutschsprachige Schüler in so kurzer Zeit an die Schulen kommen, sei in dieser Größenordnung einmalig und ein Ende ist ja noch gar nicht in Sicht. „Viele Lehrer stünden vor der Situation, dass sie von heute auf morgen neu ankommende Flüchtlingskinder, die kein Wort Deutsch

können, in den Unterricht aufnehmen müssen. Darauf seien sie weder im Studium noch in der Fortbildung vorbereitet worden“, sagte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt dazu.

Ein großer Dank ging an die Städte und Gemeinden, die in der bisherigen Zeit die Sprachförderung auch durch zusätzliche finanzielle Mittel unbürokratisch unterstützt haben und dies auch weiterhin tun.

Die Ministerin versprach, dass die Sprachförderung und die interkulturelle Bildung künftig einen größeren Stellenwert in der Lehreraus- und fortbildung einnehmen sollen. Der Spracherwerb sei nicht nur für die Flüchtlingskinder wichtig, was die weitere schulische und berufliche Entwicklung betreffe. Damit die Belastung für die Lehrer im Land nicht weiter anwachse, soll die Unterstützung der Schulen erheblich ausgebaut werden. Sprachlernklassen sollen aufgestockt werden und die Lehrerstunden sollen mindestens um 7500 zusätzliche Stunden angehoben werden für Fördermaßnahmen wie Sprachunterricht.



*Auf dem Bild sind zu sehen: MdL Clemens gr. Macke, MdL Renate Genter, Landrat Johann Wimberg, Kultusministerin Frauke Heiligenstadt, Franz-Josef Meyer (VBE), und Dr. Niels Logemann (Kompetenzzentrum).*

# Land Niedersachsen stattet 150 Grundschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften aus

Das Niedersächsische Kultusministerium gab heute bekannt, dass das Land 100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Grundschulen ausschreibt. Diese sollen die Schulen bei ihrer Integrationsarbeit mit Flüchtlingskindern unterstützen. Rund 150 Grundschulen sollen mit den ausgeschriebenen Stellen erreicht werden können, weil die Schulen dies u.a. durch Stellenteilung und Kooperation möglich machen wollen.

Die Angebote der sozialpädagogischen Fachkräfte sollen aber nicht „nur“ den schulischen Alltag und Lernprozess für die Flüchtlingskinder unterstützen, sondern **auch** alle anderen Schüler/innen mit einbeziehen. Auf Integrationsmaßnahmen und interkulturelle Angebote soll besonderer Wert gelegt werden. Bedürftige Schüler/innen werden beraten und begleitet. Besondere Gruppen- und Freizeitangebote sollen ein gutes Schulklima fördern.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird die Einbindung der Schule in außerschulische Netzwerke sein, hauptsächlich, was die Kinder- und Jugendhilfe betrifft. Beratung von Lehrkräften, Schulleitungen und Eltern in pädagogischen Fragen wird auch ein Aufgabenbereich sein.

Ich freue mich, dass auch folgende Grundschulen aus meinen Wahlkreisen dabei sind:

- *GS Alborn, Großenkneten mit Abordnung an die GS Wallschule Wildeshausen*
- *GS Ketteler, Lohne mit Abordnung an GS Kardinal-van-Galen, Dinklage*
- *GS Langförden mit Abordnung an die GS Lioba-schule Vechta*
- *GS St. Augustinus(kath.), Cloppenburg*
- *GS Sankt-Andreas(kath.), Cloppenburg mit Abordnung an die GS Paul-Gerhardt(ev)*

Die 100 Stellen werden ab sofort u.a. bei der Bundesagentur für Arbeit ausgeschrieben. Für genauere Informationen können Interessenten auch auf den Internetseiten des *Niedersächsischen Kultusministeriums* und der *Niedersächsischen Landesschulbehörde* nachschauen. Dort finden sie die richtigen Ansprechpartner und den Ausschreibungstext.

Ganz sicher werde ich mich dafür einsetzen, dass auch aus den restlichen Stellen meine Regionen angemessen berücksichtigt werden.

## Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

## Impressum

ViSdP:

**Renate Geuter, MdL**

Moorstr. 7

26169 Friesoythe

Telefon: 04491 4664

Telefax: 04491 788394

E-Mail: [info@renate-geuter.de](mailto:info@renate-geuter.de)

Homepage: [www.renate-geuter.de](http://www.renate-geuter.de)



<http://www.facebook.com/renate.geuter>

## **Renate Geuter diskutiert mit ca. 120 Interessierten in Falkenberg über den geplanten Bau einer Stromtrasse und eines Umspannwerks im Raum Cloppenburg**

Am 13. Januar 2016 folgte ich einer Einladung der Bürgerinitiative „Keine 380-kV-Stromleitung. Wir wehren uns“ und diskutierte mit ungefähr 120 interessierten Gästen im Landgasthof Buschermühle über den von Tennet geplanten Bau einer Stromtrasse und eines Umspannwerks im Raum Cloppenburg.

Die Stelle, an der das Umspannwerk gebaut werden soll, ist noch nicht festgelegt, aber der Standort entscheidet mit über den Verlauf der Trasse. Seit Herbst 2015 läuft das Raumordnungsverfahren für den Ausbau der Strecke von Conneforde nach Merzen. Anwohner machen sich auch Sorgen über den Offshore-Netzentwicklungsplan 2015, der laut Planung den Bau einer weiteren Leitung vorsieht. Diese soll am Netzverknüpfungspunkt Cloppenburg-Ost über Gleichstrom in das 380- kV-Netz eingespeist werden und den durch Windparks in der Nordsee erzeugten Strom nach Süden transportieren.

Es ist unmissverständlich klar, dass die Trasse durch den Landkreis Cloppenburg führen wird, weil der Bund das so beschlossen hat und es wäre eine Illusion zu glauben, dass wir die Trasse wieder aus dem Bundesnetzplan herausbekommen. Ich kann nur dazu raten, dass die Anwohner sich auf das laufende Verfahren konzentrieren, denn es ist noch ein langer Weg und die Detailarbeit für die Stromtrasse steht erst noch bevor. Die Planungshoheit dafür liegt beim Bund und die Einflussmöglichkeiten auf Landesebene sind eher gering. Bei Gesprächen mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems will ich mich in dieser Hinsicht gerne einsetzen. Jetzt wird es darauf ankommen, die bestverträgliche Lösung zu finden und die Betroffenheit für die Menschen so gering wie möglich zu halten. Leider gibt es in den Planungen einen Schiefstand: Denn im Gegensatz zur Natur wird der Mensch nicht genügend geschützt. Das bezieht sich auf die unklaren Abstandsregeln. Im Landesraumordnungsprogramm sind Abstände von 200 Metern im Außenbereich von der Stromtrasse zu Wohnhäusern festgelegt. In Einzelfällen kann dieser Abstand allerdings unterschritten werden, was z.B. in der Gemeinde Garrel ein echtes Problem wäre, weil es dort viel mehr Streusiedlungen und Einzelgehöfte gibt. Allerdings hätte ein Antrag auf Änderung des Bundesgesetzes im Bundesrat keine Chance.

Wo die Stromkabel in die Erde verlegt werden sollen, ist sicherlich daran gebunden, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist. Dort, wo die Kabel wieder aus der Erde kommen, wird viel Fläche verbraucht werden. Eine interessante Variante, die ich gerne ins Gespräch bringen möchte, ist der Bau zwar teurer, aber kleinerer Kompaktmasten.

Den Hausbesitzern kann ich leider wenig Hoffnung auf Entschädigung wegen Wertminderung machen, da dieses Thema bereits vergeblich bis zum Ende durchgeklagt worden ist. Jedoch müssen wir neu verhandeln über die Ausgleichszahlungen für Landwirte, weil die Vereinbarung aus dem Jahr 1987 für die Landbesitzer unbefriedigend ist. Die Parteien im Landtag sind sich einig, dass es sich dabei nicht nur um Einmal-Zahlungen handeln darf, sondern dass dauerhafte Zahlungen möglich sein müssen.

Es ist schön zu sehen, dass die Bürgerinitiative bereits erste Erfolge erzielen konnte: Denn die Landesraumbehörde hat Tennet dazu verdonnert, weitere Untersuchungen zum Trassenverlauf entlang der Autobahnen in Auftrag zu geben. Ich hoffe, dass wir im Landkreis weiterhin geschlossen vorgehen, da sonst die Gefahr besteht, dass wir uns im Landkreis gegenseitig das Leben schwer machen.



*Strommast am Umspannwerk | Foto: Renate Strang*



## Landkreise erhalten vom Land Förderung für Straßeninfrastruktur

Aus dem Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums hat Renate Geuter erfahren, dass die Landkreise Cloppenburg, Oldenburg und Vechta vom Land in diesem Jahr mit insgesamt **1.998.000 Euro** gefördert werden. Die Förderung teilt sich wie folgt auf:

- Der Landkreis Vechta erhält für den Ausbau der **K 252 einschließlich Neubau eines Radweges 767.000 Euro.**
- Der Landkreis Vechta erhält für die Neukonzeptionierung des Radwegeleitsystems **104.000 Euro.**
- Die Stadt Lohne erhält für den Ausbau **Kreuzung Lindenstraße/Marienstraße zum Kreisverkehrsplatz 174.000 Euro.**
- Der Landkreis Cloppenburg erhält für den **Neubau eines Radweges an der K 329 in den Gemeinden Saterland und Barßel 615.000 Euro.**
- Der Landkreis Oldenburg erhält für den **Neubau eines Radweges an der K 246 im Gemeindegebiet Wildeshausen 338.000 Euro.**

„Der Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur ist mir wichtig. Wir brauchen gute Straßen, Radwege und die Förderung von Verkehrssicherheit. Individuelle Mobilität trägt mit bei zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Der jeweilige Standort wird dadurch gestärkt und die Menschen in unserer Region gewinnen an Lebensqualität“, erklärt MdL Geuter.

Auch 2016 unterstützt das niedersächsische Verkehrsministerium die Kommunen beim Ausbau der kommunalen Straßen. MdL Geuter erklärt, dass das Land im kommenden Jahr 37 kommunale Straßenausbauvorhaben mit Gesamtkosten von etwa 34 Millionen Euro fördert. Damit werden rund weitere 86 Millionen Euro Gesamtinvestitionen in das kommunale Straßennetz in Niedersachsen ausgelöst. Dazu gehören unter anderem der Ausbau wichtiger Kreis- und Gemeindestraßen, Ortsdurchfahrten, Brücken, Bahnübergänge sowie Geh- und Radwege.

Die Umsetzung der Projekte, die jetzt aufgenommen worden sind, zieht sich oft über mehrere Jahre. Wann das Vorhaben jeweils begonnen wird, liegt in der Hand der zuständigen Kommune.

## Niedersachsen setzt erfolgreiches Sonderprogramm zur Sanierung der Gebäude-Infrastruktur fort

2014 wurde ein Investitions-Sondervermögen gebildet, welches auf dem im Dezember 2013 verabschiedeten Nachtragshaushaltsgesetz 2013 basiert. Das Sondervermögen hat ein Volumen von **120 Millionen Euro.**

„Dieses Sondervermögen wird 2016 fortgesetzt und um einen fünften Baustein (Volumen 70 Mio. €) für Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen erweitert“, erklärte Renate Geuter. Da der 2. Nachtragshaushalt 2015 genehmigt wurde, wird diese Investition nun möglich. Wie in den Vorjahren auch stehen für die ersten vier Programmbausteine 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Der erste Programmbaustein beinhaltet die energetische Verbesserung und Optimierung von Gebäuden. Damit wird der Gebäudebestand bis 2050 nahezu klimaneutral gestaltet und eine Einsparung von ca.

1300 Megawattstunden jährlich wird erwartet. Das wiederum entlastet die Umwelt um ungefähr 335 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Die Programmbausteine 2-4 werden benötigt für Brandschutzmaßnahmen, Fassadensanierungen, Schimmelbeseitigung und statische Ertüchtigung und verbessert damit z.B. auch die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten.

„Ich freue mich, dass auch die Landkreise Cloppenburg und Vechta für Maßnahmen ausgewählt wurden. Im NLWKN in Cloppenburg wird die Elektroinstallation im Dienstgebäude angepasst und saniert. In Vechta wird in der JVA Jungtäter die Feuerlöschanlage von der Trinkanlage im Hafthaus getrennt. Ebenfalls in Vechta wird in der JVA Frauen über der Gymnastikhalle das Flachdach saniert“, so die Landtagsabgeordnete.

## Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen erhalten

Im ersten Plenum 2016 des Niedersächsischen Landtags stellte die CDU-Fraktion einen Antrag, in dem über die Aufnahme des Bundesamtes für Güterverkehr in §35 der Straßenverkehrsordnung abgestimmt werden sollte (Nachzulesen auf der Seite des Niedersächsischen Landtags Drucksache 17/4961).

**Hier nun die Stellungnahme der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtags zur Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft:**

Die Bundesregierung prüft derzeit eine Änderung von Artikel 90 des Grundgesetzes über Eigentum und Verwaltung von Autobahnen und Bundesfernstraßen. Das kann auch zu Veränderungen bei der bisherigen Organisation der Aufgabenverwaltung führen, nach der die Länder die Bundesfernstraßen für den Bund planen, bauen und betreiben. Aus diesem Grund hat sich auch der Niedersächsische Landtag in der vergangenen Woche mit diesem Thema beschäftigt.

Als Mitglieder der SPD-Fraktion vertreten wir die Auffassung, dass sich das derzeitige Modell der Auftragsverwaltung bewährt hat und wir befürchten, dass mit dem geplanten neuen Modell die bisher gut funktionierenden Strukturen gefährdet sein könnten.

Niedersachsen verfügt über eine reibungslos funktionierende Auftragsverwaltung für den Bund durch die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mit

über 3000 qualifizierten Fachkräften. Diese Behörde übernimmt auch die Landesaufgaben für die direkte Verkehrspolitik des Landes. Deren Mitarbeiter sind darüber hinaus in den Regionen mit den Aufgabenträgern, den Landkreisen und Städten und Gemeinden vernetzt und erledigen für diese Stellen vertraglich geregelte Aufgaben. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, diese gelungene Zusammenarbeit zu erhalten. Deshalb hat der Nds. Landtag mit den Stimmen der Regierungsfraktion den oben erwähnten Antrag verabschiedet.

Den Zielsetzungen dieses Antrages können Sie entnehmen, dass wir auch alle Überlegungen zur Privatisierung des Fernstraßennetzes des Bundes ablehnen. Auch das Netz der Bahn ist nicht privatisiert worden, sondern sinnvollerweise weiterhin Bundesvermögen. Nach unserer Ansicht darf die gesamte zentrale Infrastruktur nicht aus der öffentlichen Kontrolle gegeben werden.

Grundsätzlich sprechen wir uns nicht dagegen aus, bestehende Systeme zu reformieren. Das darf aber auf keinen Fall zu einer Privatisierung des Fernstraßennetzes des Bundes führen. Wir setzen uns dabei natürlich auch nachdrücklich für den Erhalt der bisher gut funktionierenden Strukturen der Auftragsverwaltung ein, die ebenfalls nicht zur Disposition stehen darf. In diesem Sinne haben sich auch die Bundesländer im Bundesrat gegen die Pläne der Bundesregierung ausgesprochen.

## Heute schon gelacht?

Hans-Dieter wacht im Krankenhaus auf. Seine Frau sitzt am Bett.

Er fragt: „Was ist denn passiert?“

Antwortet seine Frau: „Gegen zwei Uhr nachts hast du auf einmal das Fenster geöffnet und wolltest mir zeigen, wie die Vögelein im Frühling fliegen.“

Fragt er weiter: „Wieso hast du mich nicht zurückgehalten?“

Darauf sie: „Ich hatte gedacht, dass du es könntest“



## Opposition glänzt weiter durch Unwissenheit – Nachtragshaushalt hat den Weg für Stellenneubesetzungen frei gemacht

Die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter, wirft der Opposition Unwissenheit – insbesondere bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise – vor. „Hätten wir den Nachtragshaushalt im Herbst letzten Jahres nicht beschlossen, dann hätten wir die entsprechenden Stellen nicht zeitnah ausschreiben und besetzen können.“

Die Haushaltsexpertin macht deutlich, dass „der Zeitpunkt des Antritts einer Stelle bekanntlich auch von der Bewerberlage abhängt. Bei Lehrerinnen und Lehrern ist außerdem der Termin des Abschlusses der Ausbildung zu beachten“.

„Wir reagieren entschlossen auf die Flüchtlingskrise. Mit allen Möglichkeiten, die unser Land hat, sorgen wir für Sprachförderung und Aufnahme von Flüchtlingen, verstärken die Sicherheit in unserem Land und entlasten die Kommunen“, erklärt Geuter. „Im Oktober warf uns die FDP noch vor, dass wir Schnellschüsse machen. Heute geht es nicht schnell genug. Das zeigt: Es geht der Opposition mal wieder nur darum zu skandalisieren“, so Geuter.

Der niedersächsische Finanzminister hat heute im Niedersächsischen Landtag nochmals deutlich gemacht, welche finanziellen Anstrengungen das Land Niedersachsen alleine im letzten Jahr unternommen hat. „Unser Land kann heilfroh sein, dass Peter-Jürgen Schneider unser Finanzminister ist“, versichert Geuter.

**Zum Hintergrund:** Zusätzlich zu den im Grundhaushalt und im ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 schon enthaltenen Mitteln hat der Niedersächsische Landtag mit dem zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 Mittel in Höhe von rund 506,7 Millionen Euro bereitgestellt. Im Mittelpunkt stehen deutliche finanzielle und organisatorische Entlastungen der Kommunen sowie Maßnahmen zur verstärkten Integration von Flüchtlingen.

Für die Kommunen wurde zusätzlich zu den in 2015 bereits veranschlagten Mitteln eine vorzeitige Abschlagszahlung der eigentlich im Jahr 2016 nach dem Aufnahmegesetz zu zahlenden Kostenabgeltung von 250 Millionen Euro vorgesehen. Hierdurch werden die Kommunen angesichts der nach wie vor stark steigenden Zugangszahlen an Flüchtlingen und Asylsuchenden und der um zwei Jahre zeitversetzten Kostenabgeltung von Vorleistungen erheblich entlastet.

Um den massiv angestiegenen Bedarf an Unterbringungsplätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu decken, wurden der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge Sach- und Personalmittel in Höhe von rund 129 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden für die Anschaffung mobiler Unterbringungsmöglichkeiten insgesamt 20 Millionen Euro veranschlagt.

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Erschließungs- und Baukosten bei großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für die Sanierung von Liegenschaften wurden für das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden 70 Millionen Euro bereitgestellt. Für die Umsetzung dieser Maßnahme erfolgte eine Stärkung des staatlichen Baumanagements von im Saldo rund 600.000 Euro.

Über einen von allen Fraktionen getragenen Plenarantrag wurden, insbesondere zur Entlastung der Polizei, zusätzliche Mittel in Höhe von rund vier Millionen Euro beschlossen.

Im Umfang von rund 15 Millionen Euro wurden für die sprachliche Förderung und einen schnelleren sprachlichen Zugang zur deutschen Sprache von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie rund 16 Millionen Euro für Flüchtlingssozialarbeit und Migrationsberatungsstellen, die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie die Förderung ehrenamtlicher Hilfe flankierend weitere integrative Maßnahmen bereitgestellt. Für die Stärkung der Familiengerichte und Entschädigungen nach dem Betreuungsgesetz wurden im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Justizministeriums weitere 1,7 Millionen Euro vorgesehen.

Insgesamt wurde der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 mit Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts in Einnahme und Ausgabe auf 29.182.467.000 Euro festgestellt.

Eine Aufteilung in Grundhaushalt sowie den ersten und zweiten Nachtragshaushalt wird im Folgenden nicht vorgenommen. Entscheidend ist der Gesamtplan in seiner jeweils gültigen Fassung.



## **Bericht über die Sicherheitslage in Niedersachsen auf Grundlage der Rede von Innenminister Boris Pistorius vom 20.1.2016 im Niedersächsischen Landtag**

Am 20.1.2016 hielt Innenminister Boris Pistorius in der ersten Plenarsitzung dieses Jahres eine Rede zur Sicherheitslage in Niedersachsen. Vor dem Hintergrund der Vorfälle in Paris und Köln oder der verstärkten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte durch Rechtsradikale, erachte ich das Thema für so wichtig, dass ich über den Inhalt der Rede gerne in meinem Newsletter berichten möchte, zumal ich mit vielen Teilen der Rede konform gehe:

Es liegen Zahlen vor, die vorläufig belegen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge **NICHT** mit einer enormen Zunahme der Kriminalität einhergeht (die Zahlen können sich noch ändern, da Ermittlungen noch andauern und die Jahresstatistik der PKS noch nicht vorliegt). Auch das BKA kommt durch eine Studie zu der Erkenntnis, dass nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge überhaupt polizeilich in Erscheinung tritt. Im November und Dezember 2015 wurden **insgesamt** 87.371 Straftaten begangen und nur in 3,5% der Fälle wurden Flüchtlinge als Tatverdächtige ermittelt. Bei den meisten Fällen handelt es sich um Diebstahlsdelikte.

Die aggressive Form von sexueller Gewalt bei Grobverbrechen, wie z.B. in Köln, wurde in Niedersachsen bisher nicht registriert, wohl aber vereinzelte Straftaten mit sexuellem Bezug, wo Flüchtlinge als tatverdächtig gelten.

Auch in Niedersachsen wurde das sogenannte „Antanzen“ registriert. Dies ist eine aggressive Variante des Trick- bzw. Taschendiebstahls. Bei den meisten Tatverdächtigen handelt es sich um Algerier oder Marokkaner.

Wo wir allerdings im letzten Jahr einen starken Anstieg zu verzeichnen haben, ist die politisch motivierte Kriminalität vom rechten Rand. 110 Straftaten mit rechter Tatmotivation wurden registriert. Dabei handelt es sich um Volksverhetzung und Sachbeschädigung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Als Beispiel sei hier genannt der verabscheuungswürdige, menschenverachtende und widerwärtige Brandanschlag auf eine Flüchtlingsfamilie in Salzhemmendorf. Die drei Tatverdächtigen sind angeklagt wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung.



Minister Boris Pistorius

Bildrecht: Dieses Foto ist von Teilnehmern der Foto AG Gymnasium Melle erstellt worden.

Solche Taten sind auf das Schärfste zu verurteilen und jeder Übergriff auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte bereitet uns große Sorge. Aber, wenn wir einen bundesweiten Vergleich ziehen, sind wir weit entfernt von den Dimensionen, die sich in anderen Teilen Deutschlands zeigen!

Trotz der oben erwähnten Vorkommnisse belegen auch die Ergebnisse der Dunkelfeldforschung, dass Niedersachsen ein **sicheres** Bundesland ist. **Das bedeutet nicht, dass die Kriminalität von Flüchtlingen verharmlost werden soll. Sie soll aber auch nicht dramatisiert werden. Ich wünsche mir, dass es uns gelingt in diesem Zusammenhang eine sachliche Debatte zu führen.**

Minister Pistorius erklärte, dass er nichts gegen eine aufmerksame Nachbarschaft habe, die sich im Alltag unterstützt und aufeinander Acht gibt. Wohl habe er aber etwas gegen Personen, die sich in Bürgerwehren organisieren, aber nicht um Hilfeleistungen oder Unterstützung anzubieten, sondern um bestimmte Bevölkerungsgruppen und speziell Flüchtlinge zu diskreditieren, zu verunglimpfen oder Schlimmeres.

Fortsetzung Seite 10

## Fortsetzung Bericht über die Sicherheitslage in Niedersachsen

Das Gewaltmonopol liegt aus guten Gründen allein beim Staat. Wir haben eine gut ausgebildete und professionelle Polizei, die konsequent und entschlossen gegen Straftäter **jedweder Herkunft** vorgeht. Die Polizei wird auch in Zukunft die Lage ganz genau beobachten und die Kriminalität genau erfassen, um daraus Schlüsse für ihre Polizeiarbeit zu ziehen. Unsere Polizei schaut genau hin, sowohl bei Straftaten **von** Flüchtlingen als auch bei Straftaten **gegen** Flüchtlinge.

Dazu wurden in Niedersachsen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen:

- In der polizeilichen Vorgangserfassung bezüglich Straftaten wurde ein spezifischer Auswertungsmerker mit Flüchtlingsbezug eingeführt, der eine genauere Auswertung ermöglicht, wenn Flüchtlinge als Opfer oder Täter erfasst werden.
- Die sehr gute Zusammenarbeit mit der Sonderkommission „Zentrale Ermittlungen“ in Braunschweig wird weiter ausgebaut. Dort arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und die Gerichte eng zusammen und gewähren eine konsequente und zeitnahe Strafverfolgung. Aufgrund der guten Erfahrungen wird IM Pistorius an den Standorten der Landesaufnahmebehörden auch entsprechende Ermittlungseinheiten einrichten.
- Länderübergreifende und bundesweite Zusammenarbeit wird ausgebaut, d.h. zum Beispiel: Die bisher gewonnenen Erkenntnisse zur massenhaft sexuellen Belästigung werden nach einsatztaktischen Gesichtspunkten bewertet und dann in alle Einsatzvorbereitungen und –planungen mit einbezogen.
- Seit Oktober 2015 existiert in Niedersachsen eine landesweite Reserve, die s.g. „Landesbereitschaft“ der Bereitschaftspolizei. Sie wird zur Bewältigung aktueller Einsatzlagen eingesetzt.
- Alle Meldungen der Polizeibehörden werden **tagesaktuell** beobachtet und untereinander ausgetauscht und bewertet um ggf. Einsatzmaßnahmen zu ergreifen. Deshalb ist eine pauschale dauerhafte Polizeipräsenz für Flüchtlingsunterkünfte nicht vorgesehen.
- Mit Hilfe des 2. Nachtragshaushalts 2015 und des Haushalts 2016 wird die Polizei personell weiterhin gestärkt: Es gibt aktuell so viele Stellen wie noch nie für die Polizei und allein in diesem Jahr ist es in der Planung, über 1000 neue Polizeianwärter/innen einzustellen.
- Ab 2017 übernimmt die IT Niedersachsen die Aufgaben von Vollzugs- und Verwaltungspersonal im IT-Bereich. Damit können über 300 Beschäftigte wieder ihren ursprünglichen Aufgaben nachgehen.
- Personal wird auch frei durch ein neues niedersächsisches Pilotprojekt: Großraum- und Schwertransporte können zukünftig durch private Begleitfirmen eskortiert werden.
- Zusätzlich wird die Polizeiausstattung teilweise ersetzt oder ergänzt
- Mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen darf kein Tabuthema mehr sein

Das Schlusswort von Minister Pistorius lautete wie folgt:

„Wir haben Grund zur Wachsamkeit, wir haben in mehreren Fällen auch Grund zum Einschreiten, aber wir haben gerade in Niedersachsen aktuell keinen Grund zur Panik und wir haben auch keinen Grund, Flüchtlinge pauschal zu verdächtigen, Straftaten zu begehen. Vielmehr gilt es, Straftaten konsequent zu verfolgen, egal, wer sie begeht und welcher Herkunft die mutmaßlichen Täter sind. Die Richtung für die Zukunft muss deshalb weiter lauten: Hinsehen, konsequent handeln, aber bitte nicht hyperventilieren! Dies ist der richtige Weg, wenn der Staat zeigen will – und das muss er – dass er die sicherheitspolitischen Herausforderungen dieser Zeit bewältigen kann. Wenn wir konsequent und entschlossen, aber auch sachlich angemessen vorgehen, dann ist das der beste Weg für ein friedliches Zusammenleben.“

Die vollständige Rede ist nachzulesen auf der Seite des *Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport*:  
[http://www.mi.niedersachsen.de/portals/live.php?navigation\\_id=14797&article\\_id=140238&psmand=33](http://www.mi.niedersachsen.de/portals/live.php?navigation_id=14797&article_id=140238&psmand=33)

# Neue Reden im Landtag

## **Landesraumordnung nach Gutsherren-Art hat keinen Platz in Niedersachsen – Landesregierung muss die Öffentlichkeits- und Oppositionsbeteiligung ernster nehmen!**

21.01.2016: Eine nachhaltige räumliche Entwicklung in unserem Land muss die vielfältigen Nutzungsinteressen und auch die Belange des Gemeinwohles berücksichtigen. Notwendige Voraussetzung dafür ist eine vorausschauende Landesraumplanung, die die Anliegen und die Sorgen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger mit einbezieht.

Dafür gibt es ein geordnetes, gesetzlich geregeltes Verfahren zur Aufstellung eines Landesraumordnungsprogrammes – auf das an dieser Stelle zum wiederholten Male hinzuweisen ist. Aber das passt vielleicht nicht so gut zum Begriff Gutsherrenart in der Überschrift Ihres Antrages. Sie ignorieren in diesem Falle sogar, dass die geltende Rechtsgrundlage zu Zeiten schwarz gelber Landesregierung geschaffen wurde – so viel zur Seriosität Ihres Antrages.

Das bisherige Beteiligungsverfahren ist in diesem rechtlichen Rahmen so gestaltet worden, dass sich viele Bürger und Bürgerinnen einbringen konnten und das bekanntlich auch getan haben. Es hat eine Vielzahl von Hinweisen, Stellungnahmen, aber auch deutlicher Kritik gegeben – und das haben wir sehr ernst genommen.

Viele berechnete Anliegen sind auch in den neuen Entwurf eingeflossen – es hat wesentliche Änderungen gegeben – man kann mit Recht sagen, das Landesraumordnungsprogramm hat in seiner jetzigen Fassung ein neues Gesicht.

**Die komplette Rede:**

[http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/21-01-16\\_landesraumordnung.pdf](http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/21-01-16_landesraumordnung.pdf)

## **Diskurs über den Weg zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung in Niedersachsen ermöglichen – Ideologische Kampfrhetorik beenden – Modernen Stallbau fördern**

20.01.2016: Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist für Niedersachsen nach der Automobilindustrie der bedeutendste Wirtschaftszweig und es ist sicher unser gemeinsames Interesse, sie nicht nur auf diesem Niveau zu halten, sondern sie auch nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Das Ziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist es daher, im Bereich der Nutztierhaltung gemeinsam mit den Landwirten die Entwicklung einer gesellschaftlich akzeptierten tierwohlorientierten Tierhaltung mit hoher Wertschöpfung zu unterstützen.

Die Nutztierhaltung hat ja auch deshalb ihre hohe Bedeutung in Niedersachsen erreicht, weil sie sich ständig einem veränderten Markt aber auch den gesellschaftlichen Veränderungen gestellt hat. Wichtig ist es uns, darauf zu achten, dass die auch weiter nöti-

gen Veränderungen auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Nutztierhaltung den schon seit Jahrzehnten immer vorhandenen deutlichen Strukturwandel nicht weiter beschleunigen – wir wollen auch eine Abwanderung der Nutztierhaltung in Regionen mit niedrigeren Tierschutzstandards vermeiden.

Wir sind dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Lindemann sehr dankbar, der diese Veränderungsnotwendigkeiten rechtzeitig erkannt und gegen den erheblichen Widerstand aus den eigenen Reihen den Tierschutzplan auf den Weg gebracht und uns damit eine gute Arbeitsgrundlage hinterlassen hat. Wir werden diesen Tierschutzplan konsequent und unter Mitwirkung der Branche weiter umsetzen.

**Die komplette Rede zum Nachlesen:**

[http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/20-01-16\\_stallbau.pdf](http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/20-01-16_stallbau.pdf)